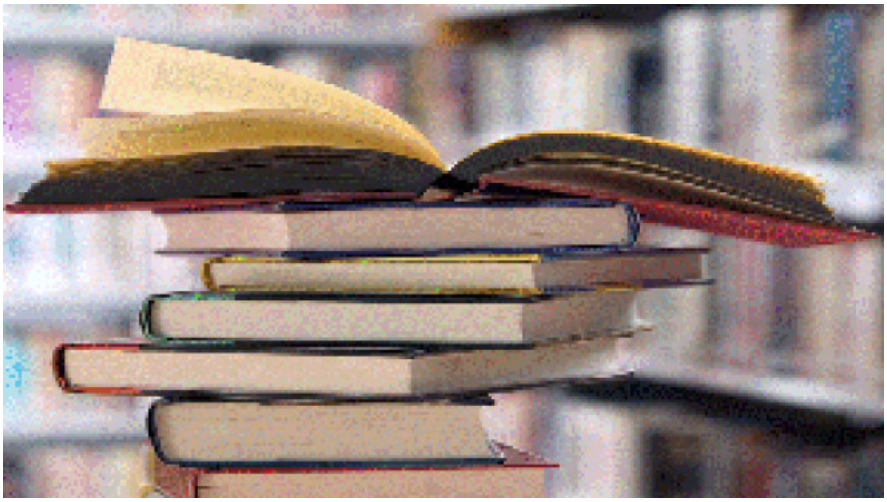
economiesuisse



Stimmvolk kann Buchpreisbindung verhindern

economiesuisse ist erfreut, dass das Referendum gegen die Einführung der Buchpreisbindung zustande gekommen ist. Das Volk hat nun die Möglichkeit, diesen ordnungspolitischen Sündenfall des Parlaments zu korrigieren.
Das Referendumskomitee hat heute die Unterschriften gegen die Wiedereinführung der Buchpreisbindung dem Bundesrat übergeben. economiesuisse freut sich, dass das Referendum zustande gekommen ist und gratuliert dem Komitee zur erfolgreichen Unterschriftensammlung.

Die Wirtschaft anerkennt, dass Bücher ein wertvolles Kulturgut sind. Die Aufhebung der Buchpreisbindung vor vier Jahren hat jedoch gezeigt, dass Bücher nicht durch ein staatliches Preiskartell geschützt werden müssen. Weder hat ein Sterben von Buchhandlungen eingesetzt, noch hat die kulturelle Vielfalt gelitten. Der Buchhandel ist ein gut funktionierender Markt, der keiner staatlichen Regulierung bedarf.

Ausländische Händler und Verlage als Profiteure
Die Wiedereinführung der Buchpreisbindung ist ein schwerwiegender Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit, sie ist ein gefährlicher Schritt hin zur Planwirtschaft. Andere Branchen würden dem problematischen Präjudiz bald folgen wollen. Leserinnen und Leser müssten mit der Wiedereinführung von kartellartigen Preisen in Zukunft deutlich mehr für Bücher bezahlen. Dass die Buchpreisbindung auch für Bücher gelten soll, die im Internet bestellt werden, ist absurd. Diese Regelung wird lediglich dazu führen, dass die grossen ausländischen Internethändler für ihre Lieferungen in die Schweiz ihre Margen erhöhen müssten. Dasselbe gilt für die grossen ausländischen Verlage und Handelsketten. Sie sind die grossen Profiteure der Wiedereinführung der Buchpreisbindung und nicht die

kleinen sympathischen Buchhandlungen um die Ecke.

Es ist eine Tatsache, dass ein Strukturwandel nicht durch Gesetze aufgehalten werden kann. Regelungen erhöhen lediglich die Anpassungskosten. Das Volk hat nun die Möglichkeit, die Wiedereinführung der Buchpreisbindung abzulehnen und damit ein klares Bekenntnis zur Wirtschaftsfreiheit abzulegen.